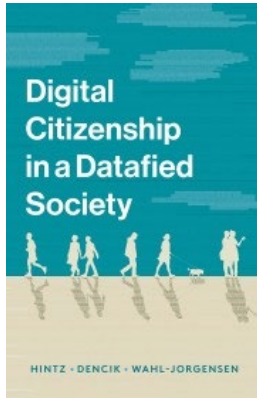


## Rezensionen



Arne Hintz, Lina Dencik, Karin Wahl-Jorgensen

### **Digital Citizenship in a Datafied Society**

Cambridge, UK; Medford, MA, USA, Poliy Press. 2019. 192 Seiten

ISBN: 9781509527168 (Paperback), 9781509527151 (Hardcover), 9781509527199 (eBook)

\$22.95 (Paperback), \$64.95 (Hardcover), \$22.95 (eBook)

### **Digital Citizenship zwischen Datafizierung und Performativität**

Die Autorinnen und Autoren der Monografie *Digital Citizenship in a Datafied Society* sind in verschiedenen Funktionen an der School of Journalism, Media and Culture der Universität von Cardiff (Wales, UK) tätig. Hintz und Dencik bekleiden darüber hinaus als Co-Directors leitende Funktionen im Data Justice Lab, welches sich in u. a. anwendungsorientierter Forschung mit dem Zusammenhang von datafizierten Gesellschaften und sozialer Gerechtigkeit befasst. Ihrer akademischen Biografie nach zu urteilen entstammen die Autorinnen und Autoren dem Feld der Media and Communication Studies wie auch teils der Politikwissenschaft.

Das Buch weist gut 150 Textseiten auf und ist, neben je einem Abschnitt zur Einleitung und zur Darstellung der Schlussfolgerungen, in sechs etwa 20-seitige Kapitel gegliedert. Diese befassen sich schwerpunktmäßig mit Digital Citizenship (1), Datafizierung (Verdatung) und Überwachung (2), der Regulierung von Verdatung (3), journalistischen Mediendiskursen über Verdatung und Überwachung (4), den Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Überwachungsthematik (5) sowie Formen des Widerstands gegen datafizierende Überwachungspraktiken und -regime (6).

In der *Einleitung* wird der historische Wendepunkt der Snowden Leaks von 2013 als Einstieg gewählt, um die Transformation der Verhältnisse zwischen Staat, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern zu markieren. Die Leitfrage des Buches wird wie folgt dargestellt: «How can we understand citizenship in an age defined by data collection and processing?» (S. 2) Antworten auf diese Frage werden unter Einbezug sozialer, ökonomischer, politischer und kulturell-diskursiver Kontextbedingungen diskutiert und formuliert. Als zwei leitende theoretische Forschungsperspektiven werden einführend Surveillance und Critical Data Studies genannt (vgl. S. 5f.); ergänzend wird auf die historisierende Analyse von Regierungs- und Überwachungstechnologien im Sinne Foucaults verwiesen (vgl. S. 12ff.), allerdings ohne dabei explizit Gouvernementalitätsstudien oder Dispositivforschung anzuführen.

## Rezensionen

Die konkrete Vorgehensweise der Autorinnen und Autoren besteht über weite Strecken in einer umfassenden Diskussion und Kondensation laufender akademischer Debatten zum Thema bzw. zu einzelnen Aspekten davon. Es werden zudem Erkenntnisse aus eigenen empirischen Arbeiten einbezogen, die im Rahmen eines zweijährigen Forschungsprojekts mit dem Titel «Digital Citizenship and Surveillance Society» gewonnen wurden. Im Zuge dessen wurden Interviews mit mehr als 40 Personen aus den Bereichen Journalismus, Politik, Technik und Aktivismus geführt. Die Ergebnisse fließen vorrangig in die Kapitel drei, vier und fünf ein. Im Folgenden werden die einzelnen Kapitel mit selektiven Schwerpunkten kurz wiedergegeben.

Im *ersten Kapitel* wird eine zeitgemäße Konzeption von «digital citizenship» entwickelt. Dies geschieht in Abgrenzung zu modernen, liberalen Auffassungen, denen verschiedene Kritikpunkte entgegengesetzt werden: So seien diese an gesetzlich festgelegten Rechten und Pflichten ausgerichtet und somit vorrangig nationalstaatlich verfasst. Auf diese Weise sei das Konzept des Bürgers bzw. der Bürgerin zunächst eine Frage nach dem Status, welcher durch Prozesse der (technologischen) Globalisierung in Frage gestellt werde. Zudem habe die neoliberale Umgestaltung von Gesellschaft anhand der Zuweisung von Zuständigkeiten von der ehemals politischen zur ökonomischen Sphäre zu einer Vermengung der Rolle des «citizen» mit einer konsumistischen, passiven Haltung geführt. Eine Aktualisierung der Konzeption wäre demnach entlang der Kategorien Heterogenität, Postnationalität und Performativität zu vollziehen (vgl. S. 22ff.), wenngleich die Aspekte Legalität sowie der «imaginary aspect» nationaler Zugehörigkeit weiterhin als machtvoll angesehen werden (S. 26). «Citizenship» verschiebt sich auf diese Weise von einem Status, der verliehen und erhalten werden kann, zu einem umkämpften Feld, welches durch diverse Formen des «doing citizenship» je erneut hervorgerufen wird (S. 25).

Unter Berücksichtigung digitaler Technologien verorten die Autorinnen und Autoren digitale Bürgerinnen und Bürger zwischen neuen digitalen Praktiken politischen Engagements einerseits (Pol der Selbstbestimmung) und staatlichen und privatwirtschaftlichen datengetriebenen Praktiken andererseits (Pol der Fremdbestimmung). Implizit erhält die Konzeption der «digital citizenship» eine normative Aufladung, wenn gefragt wird: «What, then, are necessary conditions for digital citizenship to flourish? How can we facilitate digital citizens' self-determination?» (S. 40) Die Frage wird zum einen mit zugänglicher, stabiler und vertrauenswürdiger Infrastruktur sowie mit Regulierung und Rechten (Meinungsfreiheit, Datenschutz) beantwortet. Zum anderen wird ein

---

## Rezensionen

tiefgehendes Verständnis von digitalen Technologien und ihren Anwendungsweisen auf Seiten der Nutzer/innen betont (vgl. S. 40f.).

Das *zweite Kapitel* fokussiert nun die machtvolle Seite der (staatlichen wie privatwirtschaftlichen) datensammelnden und -verarbeitenden Instanzen, wie auch die fremdbestimmte Hervorbringung der *digital citizens*. Sehr kompakt und einleuchtend werden einige zentrale Ansätze und Argumente zu Funktionsweisen und Konsequenzen von Big Data Analytics dargestellt, um diese restriktiven Prozess- und Strukturbedingungen als Hintergrundfolie jeglichen *doing digital citizenships* zu skizzieren und, ausgehend davon, nach Spielräumen und Handlungsoptionen zu fragen. An verschiedenen Stellen im Buch wird jedoch angemerkt, dass wir es im Kontext verdateter Gesellschaften mit äußerst asymmetrischen Machtbeziehungen zu tun haben, denn die potenten Mittel zur Datensammlung und -verarbeitung liegen in Händen von staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren (vgl. etwa S. 98) und weniger bei den einzelnen verdateten Nutzerinnen und Nutzern.

Im *dritten Kapitel* wird auf regulatorische Maßnahmen politischer Entscheidungsinstanzen – vor und nach den Snowden Leaks – eingegangen. Zudem wird am Beispiel des britischen IPAct (Investigatory Powers Act, 2016) dargestellt, welche Rolle zivilgesellschaftliche Akteure in der Diskussion um die Gesetzgebung einnahmen. Das Endergebnis zeigt, dass deren Bemühungen um Einschränkungen und Kontrolle staatlicher Sicherheitsagenturen nur beschränkt erfolgreich waren (vgl. S.74ff.).

Die Analyse des britischen Mediendiskurses um die Snowden-Veröffentlichungen formiert den Kern des *vierten Kapitels*. Analysiert wurden Medientexte (Print und online) wie auch Interviews mit elf britischen Journalisten/innen, die mit dem Thema befasst waren. Die Autorinnen und Autoren halten als Resultat fest, dass die Normalisierung der Verdatung von den Interviewten als Tatsache begriffen wird, wenngleich die reduzierte Informationslage der Allgemeinöffentlichkeit über das Ausmaß wie auch rechtfertigende Positionen in der Medienberichterstattung problematisiert werden (vgl. S. 95ff.). Die beiden letztgenannten Aspekte werden als hinderliche Bedingungen für das weitreichende Bewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern über datenbezogene Überwachungspraktiken identifiziert (vgl. S. 102). Bereits hier deutet sich an, dass individuelle, medienbezogene Bildungsbemühungen solche problematischen Kontextbedingungen nicht abfedern, sondern lediglich einen kritischen und reflexiven Umgang mit einer hochgradig unbestimmten Informationslage anstreben können. Strittig bleibt hierbei, ob bzw. inwieweit medienpädagogische Akteurinnen und Akteure sich in die auch politische Gestaltung dieser

---

## Rezensionen

hinderlichen Rahmenbedingungen einschalten sollten. Ein gesellschaftstheoretisches und politisches Verständnis von Bildung wird eine solche Einmischung notwendig als integralen Bestandteil medienbezogener Bildungsbestrebungen begreifen müssen.

In Konsequenz aus dem vierten Kapitel erfolgt darauffolgend die Darstellung von Verhalten, Wissen, Haltungen und Aushandlungen von Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf Datafizierung und Überwachung in *Kapitel fünf* mit durchwachsenem Ergebnis: Während viele Bürgerinnen und Bürger über weite Strecken ein Unbehagen verspüren und datensparsame Taktiken erproben, lässt sich gleichzeitig ein Gefühl von Überwältigung und Machtlosigkeit feststellen, welches vielfach in ein Akzeptieren des scheinbar Unausweichlichen mündet. Diese Haltung bezeichnen die Autorinnen und Autoren als «surveillance realism» (S. 120). Als demokratiepolitisch noch problematischer kann der sogenannte «chilling effect» (S. 110) eingestuft werden, womit Selbstzensur und Selbstbeschränkung als Maßnahmen gegen vermutete oder bereits faktische Überwachungspraktiken bezeichnet werden. Die geführten Gruppendiskussionen mit «members of the British public» (S. 111) deuten darauf hin, dass diese Konsequenz insbesondere von Angehörigen von vulnerablen oder minoritären Bevölkerungsgruppen (in dem Fall etwa migrantische oder Personen und people of color) in Betracht gezogen oder umgesetzt werden.

*Kapitel sechs* erörtert schließlich Formen von Widerstand und Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivist\*innen: in reaktiver Form zur Minimierung von Überwachung (digitale Selbstverteidigung), etwa mithilfe von Software (Tor Browser, PGP etc.), oder in proaktiver Form zur Maximierung des öffentlichen Nutzens nicht-personenbezogener Daten (Open Data-Initiativen). Bestimmte Formen des Widerstands werden von den Autorinnen und Autoren hingegen als verkürzte Überwachungskritik problematisiert: «What is missed in these efforts is a form of resistance that highlights how datafication and data-driven surveillance relate to dominant economic interests and political agendas in advanced capitalist societies.» (S. 139). Individualisierte Widerstandsformen geraten vor diesem Hintergrund rasch zum wenig aussichtsreichen Unterfangen (vgl. ebd.). Ebenfalls wird die weithin vollzogene Arbeitsteilung zwischen technik- und gerechtigkeitsfokussierten Initiativen als hinderlich eingeschätzt (vgl. S. 134). Zur analytischen und politisch-praktischen Verknüpfung der beiden Sphären beziehen sich die Autorinnen und Autoren auf das Konzept der «data justice» (S. 139). In diesem Zusammenhang nennen sie verschiedene internationale Projekte, in welchen Fragen der sozialen Un-

---

## Rezensionen

/Gleichheit mit gemeinwohlbezogenen Datenpraktiken und Bürger/innenbeteiligung vereint werden (u.a. die Entwicklung gemeinnütziger technologischer Infrastrukturen durch die Kommunalverwaltung in Barcelona und unter Beteiligung der ansässigen Bevölkerung; vgl. S. 141). In diesem Sinne endet das Kapitel mit einem relativ optimistischen Ausblick: «We are beginning to see a more integrated approach to challenging datafication become more prominent within civil society, emphasizing the systemic qualities of data processes and their relation to broader social and historical context.» (S. 143) Das etwa zehnteilige Fazit bündelt die Kernargumente und eignet sich als Zusammenfassung, allerdings ohne nennenswerte neue Argumente einzuführen.

Das Buch zeichnet sich insgesamt durch lesbare und präzise Sprache, fundierte Recherche und äußerst solide Quellenlage sowie eine nachvollziehbare und logische Gliederung aus. Als besonders fruchtbar erweisen sich einerseits die Verknüpfung von theoretisch-konzeptioneller Literaturlauswertung und eigenen empirischen Arbeiten wie andererseits die Bezüge, die zwischen abstrakten Konzeptionen, konkreten Beispielen und zivilgesellschaftlichen Initiativen hergestellt werden – dies gilt, obwohl Bezüge meist zur Situation in Großbritannien hergestellt werden. Einige methodische Hinweise zu den empirischen Studien finden sich in Fußnoten vermerkt (vgl. S. 155ff.), für ausführliche Informationen kann in den jeweiligen Erstpublikationen nachgelesen werden.

Den Bildungsaspekt thematisieren die Autorinnen und Autoren, wohl aufgrund ihrer disziplinären Verortung, kaum. Doch sowohl der Hinweis auf technologiebezogene/s Wissen und Fähigkeiten der Userinnen und User als notwendige Voraussetzung für *digital citizenship* als auch die positive Bezugnahme auf Selbstbestimmung im ersten Kapitel verweisen implizit auf die bildungsbezogene Dimension der Thematik. Nichtsdestoweniger werden medienpädagogische Anschlussstellen sichtbar: Aufgrund des eher soziologischen und politisch-wissenschaftlichen Blicks wird auf vielfältige Weise der (bspw. begünstigende oder hinderliche) Kontext für mögliche Bildungsprozesse dargestellt. Diese selbst sind jedoch als in Verwobenheit damit zu bearbeitende Leerstelle angelegt. Dies äußert sich in der Reflexion von Rahmenbedingungen (*Welche Rahmenbedingungen finden wir für Prozesse der Medienbildung vor? Wie verändert dies Bildungsbemühungen? Etc.*) wie auch in der Frage nach ihrer Mit-/Gestaltung, wie oben angemerkt (*Welchen Anteil an medienpädagogischer Arbeit sollten sozial-/bildungs-/netzpolitische Einmischungen einnehmen?*) In beispielhaften Szenarien klingt an, dass diese – so lässt sich

---

## Rezensionen

vermuten – auf fruchtbare Weise in Bezug auf medien-, technik- und politik-bezogene Lern- und Bildungsprozesse betrachtet werden könnten. Umgekehrt lässt sich hier darauf hinweisen, dass letztthin die Konzeption des *digital citizens* verstärkt Erwähnung in deutschsprachigen medienpädagogischen Überlegungen fand (vgl. Moser 2016, Vowe 2012) und somit die Frage nach Verschränkungen von Politischer und Medienbildung auf neue Weise aufwirft. Im vorliegenden Band wird darauf hingewiesen, dass die Konzeption des *digital citizen* – etwa als ein denkbarer Zielbegriff einer Politischen Medienbildung – einiger Präzisierung bedarf, um gegenwärtigen Praktiken, Verhältnissen wie auch neueren theoretischen Entwicklungen (vgl. etwa Subjektivations- bzw. Performativitätstheorien) gerecht zu werden.

Für die Fortsetzung dieser Überlegungen, aber auch für thematische Lehrveranstaltungen finden Medienpädagoginnen und Medienpädagogen im rezensierten Buch reichhaltiges Reflexions- und Analysematerial, das sich nach Ansicht des Rezensenten, wenn nicht ohne (sprachliche, kontextuelle und disziplinäre) Übersetzungsleistung, so doch sehr fruchtbar auf pädagogische und deutschsprachige Zusammenhänge übertragen lässt.

Valentin Dander

### Literatur

- Moser, Heinz. 2016. «Digital Citizenship als Leitlinie der Medienbildung». In *Medien – Wissen – Bildung: Medienbildung wozu?* Hrsg. Theo Hug, Tanja Kohn, und Petra Missomelius, 211–229. Innsbruck: Innsbruck University Press.  
[https://www.uibk.ac.at/iup/buch\\_pdfs/9783903122161.pdf#page=128](https://www.uibk.ac.at/iup/buch_pdfs/9783903122161.pdf#page=128).
- Vowe, Gerhard. 2012. «Digital Citizens - Partizipation über und durch das Netz». In *Soziale und politische Teilhabe im Netz? E-Partizipation als Herausforderung*, Hrsg. Lars Gräßer und Friedrich Hagedorn, 39–53. Medienkompetenz des Landes Nordrhein-Westfalen 13. Düsseldorf: Kopaed-Verl.